



Präsidenten des Landtages
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/448

A06

14. November 2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Blask MdL erbetenen Bericht zum Thema „Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung aus der Studie „*The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European Regions*“ für NRW?“

Ich bitte Sie, den Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien für den
Ausschuss für Europa und Internationales
zum Thema
„Welche Schlüsse und Handlungsbedarfe zieht die Landesregierung aus der Studie *„The Future of EU Cohesion: Effects of the Twin Transition on Disparities across European Regions“* für NRW?“

(November 2022)

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung vom 12. Oktober 2022 analysiert die Auswirkungen der sogenannten doppelten Transformation (Digitalisierung und Dekarbonisierung) auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Regionen und beleuchtet die allgemeinen Wachstumspotenziale und die Bereitschaft für den digitalen und grünen Übergang in NUTS-2-Regionen in den 27 EU-Mitgliedstaaten.

Die strukturellen Veränderungen, die sich aus der doppelten Transformation ergeben, könnten laut der Studie die wirtschaftliche Landschaft Europas neu gestalten. Infolgedessen könnten sich bestehende Disparitäten verstärken, verschwinden oder durch neue ergänzt werden. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass in der EU die Gefahr bestehe, dass die Disparitäten zwischen den NUTS-2-Regionen zunehmen. Während insbesondere die Regionen Osteuropas in den letzten Jahrzehnten ein anhaltendes Wirtschaftswachstum verzeichneten, seien ihre Zukunftsaussichten weniger positiv. Zusammen mit den südeuropäischen Regionen, die in der Vergangenheit eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung verzeichneten, seien die Aussichten für die osteuropäischen Regionen als schlechter einzustufen als jene ihrer Pendants in West- und Nordeuropa.

Die Studie stellt Abweichungen im wirtschaftlichen Wachstumspotenzial durch den digitalen Wandel fest. Untersucht wurden die Schlüsselfaktoren: Arbeitsproduktivität, Internetzugang, Ausgereiftheit der Unternehmen, lebenslanges Lernen und Arbeitsmarkteffizienz. Alle fünf Faktoren wurden zu einer gemeinsamen Punktzahl zusammengefasst. Aus geografischer Sicht handelt es sich bei den identifizierten Regionen mit einer höheren Bereitschaft für den digitalen Wandel zumeist um städtische und großstädtische Regionen in ganz Europa, während Regionen mit einer geringeren Bereitschaft in Osteuropa identifiziert wurden. Die Regionen in Nordeuropa seien demnach voraussichtlich besser für den digitalen Wandel gerüstet als ihre Pendants in Süd- und Osteuropa. Insgesamt werde der digitale Wandel die

regionalen Unterschiede in Europa wahrscheinlich weiter verstärken, da die besser vorbereiteten Regionen wiederum jene Regionen mit dem besten wirtschaftlichen Entwicklungsstand seien.

Darüber hinaus stellt die Studie auch Abweichungen im Wirtschaftswachstumspotenzial durch den grünen Wandel fest. Untersucht wurden die Schlüsselfaktoren: Anzahl der Fahrzeuge pro Einwohner, CO₂-Intensität, Treibhausgasintensität sowie belastende Wohnkosten. Alle fünf Faktoren wurden zu einer gemeinsamen Punktzahl zusammengefasst. In geografischer Hinsicht zeigten sich in der Analyse deutliche Unterschiede zwischen dem europäischen Kerngebiet um den Alpenraum - wo sich die meisten Regionen mit der höchsten Bereitschaft für den grünen Übergang befänden - und dem übrigen Europa. Südspanische, italienische und griechische Regionen sowie die Regionen an der Ostgrenze Europas - von Bulgarien bis Lettland - werden demnach voraussichtlich erneut vor den größten Herausforderungen stehen. Darüber hinaus sähen sich viele Regionen im Norden Frankreichs und im Osten Deutschlands mit schlechteren Aussichten für das Wirtschaftswachstum konfrontiert, welche durch den grünen Übergang verursacht würden. Sehr wettbewerbsfähige und innovative europäische Regionen, die in der Lage seien, die benötigten umweltfreundlichen Technologien zu entwickeln und zu produzieren, seien in höherem Maße für den grünen Wandel ihrer Wirtschaft bereit. In den meisten Fällen seien dies die wirtschaftlich stärksten Regionen. Was die sektorale Spezialisierung anbelangt, so wiesen wissensintensive Dienstleistungsregionen erneut den höchsten Grad an Bereitschaft für den grünen Wandel auf.

Im Ausblick deutet die Analyse darauf hin, dass sowohl der digitale als auch der grüne Wandel den künftigen Trend einer zunehmenden Polarisierung der regionalen Einkommensniveaus verstärken dürften, welcher durch grundlegende Unterschiede im wirtschaftlichen Wachstumspotenzial der NUTS-2-Regionen der EU verursacht werde. Die bereits wirtschaftlich starken Metropolregionen sowie Regionen, die auf technologieintensive Fertigungsindustrien spezialisiert sind, würden laut der Studie am meisten vom digitalen Wandel profitieren, da sie nicht nur die größte Bereitschaft zeigten, digitale Technologien bei der Produktion ihrer Waren und Dienstleistungen einzusetzen, sondern auch die größte Bereitschaft hätten, solche digitalen Technologien zu entwickeln und damit gleichzeitig an der Spitze des digitalen Wandels zu stehen. Diese Regionen wiesen eine ebenso hohe Bereitschaft für den grünen Wandel auf, da sie über einen geringeren Anteil an kohlenstoff- oder treibhausgasintensiver Produktion verfügten. Aufgrund ihres hohen Innovationspotenzials sei es zudem wahrscheinlicher, dass diese Metropol- und Hochtechnologieeregionen im Gegensatz zu den übrigen Regionen grüne Technologien entwickelten und produzierten, so dass der digitale und grüne Wandel das Wachstum weiter ankurbeln werde. Regionen mit einem höheren BIP pro Kapital verfügten über ein höheres Wachstumspotenzial für den doppelten Übergang. Die Ungleichheiten würden sich künftig in zahlreichen Gebieten in der EU verschärfen, wobei die wirtschaftlich starken Regionen vorankommen und die bereits angeschlagenen Regionen weiter zurückfallen würden.

In die Positionierung der Landesregierung zur Zukunft der Kohäsionspolitik fließen ganz unterschiedliche Quellen und Erkenntnisse ein. Dazu zählen auch die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Zukunft der Kohäsionspolitik mit einem Fokus auf den Folgen

des grünen und digitalen Wandels für die Unterschiede in den Entwicklungsständen zwischen den Regionen in der EU.

Die Diskussionen zur Zukunft der Kohäsionspolitik „post-2027“ – also im Nachgang zur aktuellen Förderperiode 2021 bis 2027 – und zur künftigen Ausrichtung sind in den letzten Monaten angelaufen. Die Europäische Kommission veröffentlichte im Frühjahr 2022 den 8. Kohäsionsbericht, welcher durch den Rat der EU, das Europäische Parlament sowie den Ausschuss der Regionen diskutiert wurde. In den kommenden Monaten und Jahren wird sich die Diskussion auf allen Ebenen intensivieren. Wichtige Rahmendaten sind die MFR-Zwischenbewertung Mitte 2023, die nächste Strategische Agenda des Rates und das politische Programm der nächsten Europäischen Kommission im Sommer 2024 sowie die für Mai 2025 erwarteten KOM-Vorschläge für den MFR 2028-35 und zur Zukunft der Kohäsion. Die Landesregierung begleitet diese Entwicklungen kontinuierlich und vertritt die Interessen des Landes.

Zur Notwendigkeit der Etablierung einer starken, integrierten und zirkulären Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist es unbestritten, dass die industrielle Transformation in Nordrhein-Westfalen nur gelingen kann, wenn der Wandel von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaft erfolgreich durchgeführt wird. Die Voraussetzungen dafür könnten nicht besser sein: Eine Studie unter Federführung des Wuppertal Instituts hat gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen wie kaum eine Industrieregion weltweit über die notwendigen Potenziale verfügt, durch zirkuläre Wertschöpfung sowohl zum Klima- und Ressourcenschutz als auch zum Erhalt seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen. Zahlreiche Initiativen und Institutionen treiben die zirkuläre Wertschöpfung bereits voran, wie bspw. das Prosperkolleg in Bottrop oder das Circular Valley in Wuppertal, die beide vom MWIKE gefördert werden. Sie versammeln sich am Runden Tisch Zirkuläre Wertschöpfung NRW, einer bundesweit einzigartigen Einrichtung, die das Wirtschafts- und das Umweltministerium gemeinsam ins Leben gerufen haben. Auf dem Circular Hotspot in Bottrop im September wurde eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Ideen und Akteure aus Nordrhein-Westfalen begeistern.

Im Koalitionsvertrag ist das Ziel ausgegeben, den primären Rohstoffverbrauch und das Downcycling zu senken sowie geschlossene Stoffkreisläufe zu etablieren. Dazu wird die Landesregierung ergänzend zur geplanten nationalen Strategie eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie entwickeln und umsetzen. Die Förderzugänge für zirkuläre Verfahren, Produkte und Geschäftsmodelle sollen gestärkt und zu einem Bestandteil der Industrie- und Rohstoffpolitik gemacht werden. Sie sehen, dass die Landesregierung die Notwendigkeit, der Etablierung einer starken, integrierten und zirkulären Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht nur erkannt hat, sondern bereits an der Umsetzung arbeitet. Die Europäische Union hat dies ebenfalls erkannt. Mit dem für Ende des Monats erwarteten Paket zur zirkulären Wertschöpfung könnten weitere wichtige Weichen gestellt werden.

Zudem lässt sich mit Blick auf die zukünftigen Handelsbeziehungen feststellen, dass es auch unabhängig von der Bertelsmann-Studie für die nordrhein-westfälische Wirtschaft und insbesondere Industrie wichtig ist, zu starke Abhängigkeiten von einzelnen Partnern zu verringern. Es bedarf deshalb u.a. einer Diversifizierung der Lieferketten und der Zusammenarbeit der Partner insgesamt. Dazu trägt die Landesregierung ihre Aktivitäten zum Erschließen neuer Absatzmärkte für die nordrhein-westfälische Wirtschaft in weitere Länder, beispielsweise in den ASEAN-Raum. Außerdem setzt sie sich weiterhin für den EU-Binnenmarkthandel und den

fairen Handel mit den Partnern in der Welt ein, insbesondere mit denjenigen Ländern, die die gleichen Werte teilen. Auf EU-Ebene können die Voraussetzungen für einen fairen Handel durch entsprechende Abkommen geschaffen werden.

Eine Vorfestlegung zu den übrigen von Ihnen gestellten Fragen kann ich Ihnen wie beschrieben aufgrund der Frühzeitigkeit der Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik auf EU- und auf nationaler Ebene – vor allem aber auch auf Ebene der Landesregierung – zu diesem Zeitpunkt noch nicht mitteilen.